

ERWACHSENENBILDUNG HAT SICH SCHON IMMER »ORGANISIERT«

Thomas Pruiskén

Der Blick in die »ältere« Geschichte organisierter Erwachsenenbildung (EB) zeigt, dass sie sich schon immer zwischen eigenem Anspruch und einer sich wandelnden gesellschaftlichen Wirklichkeit organisatorisch verorten musste.

Am Beginn der organisierten EB steht die Etablierung von *Lesegesellschaften* zum Ende des 18. Jahrhunderts. Dem Gleichheitspostulat der Aufklärung sollte durch den Abbau von Bildungsdifferenzen zwischen Adel und Bürgertum Rechnung getragen werden. Otto Dann berichtet von der Gründung der Bonner Lesegesellschaft 1787, dass die Organisationsfrage als Grundbedingung zur Erreichung der Vereinsziele verhandelt wurde. Es galt, »demokratische Prinzipien in konkrete soziale Organisationsformen umzusetzen« (Dann 1982, S. 107f).

Etwa hundert Jahre später entstand im Kontext der Reichsgründung und in Abgrenzung zu den Partikularinteressen des Vereinswesens die erste reichsweite EB-Großorganisation, die *Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung* (1871-1914). Sie fungierte als Dachverband der Bildungsvereine und wollte als Antwort auf die »soziale Frage« einen Beitrag zur geistigen Einheit und Beruhigung des Volkes leisten. Doch die Zusammenarbeit der Berliner Zentrale mit den Bezirks- und Landesverbänden war von unterschwelligem Kompetenzrangeten durchzogen. 1905 brachte Generalsekretär Tews die Organisationsfrage offen zur Sprache: »Unsere Gesellschaft ist kein konstruierter, sondern ein historisch gewachsener Organismus. Sie ist aus ungemein verschiedenen Elementen zusammengesetzt, und es ist schwer,

für alle eine gleich zweckmäßige Organisationsform zu finden« (zit. nach Dräger 1975, S. 71). Es folgte eine jahrelange Diskussion zur Reorganisation der Gesellschaft, in der Tews immer wieder versuchte, die ihre Einheit gegenüber den einzelnen Verbandsinteressen durchzusetzen, um dem Ziel der reichsweiten Verbreitung von Bildungsgütern treu zu bleiben. Nach dem Ersten Weltkrieg formierte sich eine »Neue Richtung« der EB. Eine an qualitativer formaler Menschenbildung orientierte Volkshochschule sollte die nach quantitativen Maßstäben organisierte Verbreitung von Bildungsgütern ablösen. Ziel war es, der inneren Orientierungslosigkeit des Volkes nach Einsturz der alten Ordnungen gerecht zu werden. Doch auch in die Anfangseuphorie des Gründungsbooms der Jahre 1918f. (»Volkshochschulrummel«) mischten sich bald Diskussionen um organisatorische Fragen. In zahlreichen Zeitschriftenbeiträgen der Weimarer Zeit spiegeln sich die Debatten um die Notwendigkeiten und Grenzen einer Gesamtorganisation des Volkshochschulwesens (vgl. z.B. in: Freie Volksbildung, Jg. 1927, S. 320-352). Während die Vertreter des »Hohenrodter Bundes« (1923-28) für eine vom inneren Geist getragene Organisation der freien Volksbildung und damit gegen starre Organisationsformen plädierten, brachten insbesondere die wirtschaftlichen Krisenzeiten der Jahre 1929-33 Bestrebungen zur Etablierung einer festeren äußeren Organisationsstruktur hervor, um die eigenen Interessen politisch effektiver durchsetzen zu können. Letztlich mussten sich diese Bestrebungen gegenüber der organisatorischen Gleichschaltung

der EB mit Beginn des »Dritten Reichs« als machtlos erweisen. Auch nach 1945 geriet die Organisationsfrage im Zuge gesellschaftlichen Wandels immer wieder in den Fokus der Diskussion. Die Bemühungen um eine Volkshochschule »neuen Typs« und die Pläne zu einer stärkeren Ausrichtung an Effizienzkriterien in den 60er Jahren, die politisch-rechtliche Anerkennung der EB als quartärer Bildungsbereich in den 70er Jahren sowie die seit den 80er Jahren nachhaltig andauernde Herausforderung der EB durch den Wandel von Arbeitsorganisation und Lernbiographien im Zuge von Globalisierung und technischer Entwicklung seien als markante Stichpunkte genannt. Dass einzelne Konzepte eine begrenzte Laufzeit aufwiesen wird zukünftig nicht von der Aufgabe entledigen, sich systematisch der Angemessenheit der eigenen organisatorischen Bedingungen zu vergewissern, um nachhaltig der Vermittlung von pädagogischem Auftrag und äußerem Wandel gerecht zu werden.

Literatur

Dann, O. (1982): Lesegesellschaften und der Aufbruch des Bürgertums. In: Herrmann, U. (Hrsg.): »Die Bildung des Bürgers«. Weinheim, S. 100-118

Dräger, H. (1975): Die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung, Stuttgart



Thomas Pruiskén

Thomas Pruiskén, Dipl.-Päd., ist Doktorand im Fach Philosophie an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln.

Kontakt: pruiskén@web.de